

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit (13. Ausschuß)

1. zu dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 10/2810 —

Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi (Kenia)

2. zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 10/3021 —

Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi

A. Problem

Vom 15. bis 26. Juli 1985 findet in Nairobi (Kenia) die Weltfrauenkonferenz zum Abschluß der von den Vereinten Nationen 1975 ausgerufenen Dekade der Frau statt. Hauptthemen der Konferenz sind „Entwicklung, Gleichberechtigung, Frieden“. Unterthemen sind „Bildung, Beschäftigung, Gesundheit“.

Ziel beider Anträge ist es, zur Vorbereitung der Konferenz die Öffentlichkeit über deren Anliegen und Themen zu unterrichten. Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN spricht darüber hinaus insbesondere die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises an, während mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP der Regierungsdelegation bestimmte Vorgaben für ihre Verhandlungsführung mitgegeben werden; außerdem soll dem Deutschen Bundestag nach Abschluß der Konferenz berichtet werden.

B. Lösung

Zu 1.

Ablehnung des Antrags

Zu 2.

Aufforderung an die Bundesregierung,

— Anliegen und Themen der Konferenz einer breiten Öffentlichkeit bekanntzumachen,

- konkrete Vorschläge für die Themen und Unterthemen der Konferenz zu machen,
- auf die Belange der Frauen im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu achten und für Empfehlungen zur Lösung ihrer praktischen Probleme einzutreten,
- dem Deutschen Bundestag über die Ergebnisse der Konferenz und die Schlußfolgerungen zu berichten.

Mehrheitsbeschluß gegen die Stimme des Mitglieds der Fraktion DIE GRÜNEN

C. Alternativen

keine weiteren Alternativen

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 10/2810 — abzulehnen,
2. die Bundesregierung wird aufgefordert,
 1. zur Vorbereitung der Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi einer breiten Öffentlichkeit die Anliegen und Themen dieser Konferenz sowie die bisherigen Ergebnisse und Arbeiten bekanntzumachen,
 2. dafür Sorge zu tragen, daß konkrete Vorschläge sowohl für die Leitthemen „Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden“ als auch für die Unterthemen „Bildung, Beschäftigung und Gesundheit“ gemacht werden,
 3. besonders darauf hinzuwirken, daß im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Belange von Frauen in den Entwicklungsländern so beachtet werden, daß die Frauen entsprechend ihrer Bedeutung zu einer erfolgreichen Politik und Entwicklung ihres Landes beitragen können.
Das bedeutet, gemäß den Beschlüssen des Deutschen Bundestages fortzuführen in dem Bemühen, den soziokulturellen Zusammenhängen und wirtschaftlichen Problemen der Frauen der Dritten Welt verstärkt Rechnung zu tragen,
 4. sich dafür einzusetzen, daß die Weltfrauenkonferenz Empfehlungen zur Lösung der praktischen Probleme von Frauen, insbesondere in den Entwicklungsländern, verabschiedet, vor allem mit folgenden Forderungen:
 - a) Berücksichtigung der Lage der Frau bei der Planung von Projekten und Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lage,
 - b) Recht der Frauen auf vollständige Beteiligung am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben ihres Landes,
 - c) Herstellung der Chancengleichheit durch volle Einbeziehung der Frauen und Mädchen in Programme zur Alphabetisierung besonders auf dem Land, aber auch auf allen anderen Ebenen des Erziehungs- und Bildungsbereichs,
 - d) Förderung der gesetzlichen Gleichstellung von Mann und Frau,
 5. dem Deutschen Bundestag über die Ergebnisse der Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi und die Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung zur Verbesserung der Situation von Frauen in der Bundesrepublik Deutschland und von Frauen in Entwicklungsländern zieht, zu berichten. Dabei sollten die Erfolge, aber auch die Mängel in bezug auf die Leitthemen und die Unterthemen dargestellt werden.

Bonn, den 14. Juni 1985

Der Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit

Dr. Hoffacker

Frau Dr. Lepsius

Vorsitzender

Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Frau Dr. Lepsius

Der Deutsche Bundestag hat sowohl den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 10/2810 — als auch den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 10/3021 — in seiner 126. Sitzung am 14. März 1985 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit und zur Mitberatung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit überwiesen.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat sich in seiner Sitzung am 17. April 1985 mehrheitlich dafür ausgesprochen, den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN abzulehnen. Er hat einstimmig empfohlen, den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP mit der Maßgabe anzunehmen, daß Nummer 4 die jetzt in der Beschlußempfehlung aufgeführte Fassung erhält.

Der Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit hat die Anträge in seiner 44. Sitzung am 17. April 1985 und in seiner 51. Sitzung am 12. Juni 1985 beraten. Er hat mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimme des Mitgliedes der Fraktion DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN abzulehnen. Mit der gleichen Mehrheit hat er empfohlen, in Abwandlung des Antrags der Fraktionen von CDU/CSU und FDP die unter Nummer 2 der Beschlußempfehlung aufgeführte Entschließung anzunehmen.

Im Rahmen seiner Beratungen hat sich der Ausschuß von der Bundesregierung eingehend über die in der Schlußphase sehr schwierigen Vorverhandlungen in den zuständigen UN-Gremien berichten lassen. Auf das Kurzprotokoll der 24. Ausschußsitzung vom 17. April 1985 und die vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit vorgelegten, als Ausschußdrucksache 110 verteilten schriftlichen Ausarbeitungen und Dokumente wird Bezug genommen. Der Ausschuß hat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß trotz der in den Vorkonferenzen aufgetretenen Differenzen die zeitgerechte Durchführung der Konferenz nach letzten Informationen nicht in Frage gestellt ist.

Anknüpfend an das beiden Anträgen zugrundeliegende Bestreben, auch die Wünsche, Vorstellungen und Anregungen des Deutschen Bundestages zur Weltfrauenkonferenz 1985 zum Ausdruck zu bringen und auf eine umfassende Unterrichtung der Öffentlichkeit hinzuwirken, hat sich der Ausschuß bemüht, ein möglichst von allen Fraktionen getragenes Votum herbeizuführen. Es gelang jedoch nur, eine einvernehmliche Haltung der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP herbeizuführen. Nachdem der ursprüngliche Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP in seiner Nummer 4 entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für wirtschaftli-

che Zusammenarbeit ergänzt und damit auch dem Wunsche der SPD-Fraktion nach weiterer Konkretisierung der Vorgaben an die Regierungsdelegation Rechnung getragen worden war, stellten die drei Fraktionen den ergänzenden Antrag nunmehr als gemeinsamen Entschließungsantrag, wie er unter Nummer 2 der Beschlußempfehlung aufgeführt ist, zur Abstimmung. Von den Antragstellern wurde betont, daß die Konferenz nicht nur stattfinden, sondern daß auch Wirkungen von ihr ausgehen sollten. Die Bundesregierung müsse in dem Bemühen darum unterstützt werden, daß die Weltfrauenkonferenz sich auch tatsächlich mit den vereinbarten Leitthemen beschäftige. Wichtig sei auch, daß die deutsche Öffentlichkeit eingehend mit den Anliegen und Themen der Konferenz vertraut gemacht werde. In der Entwicklungshilfe müsse den frauenspezifischen Belangen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Schließlich solle die Bundesregierung im Deutschen Bundestag über die Ergebnisse der Konferenz einen Bericht geben, über den dieser dann auch diskutieren solle.

Die Fraktion DIE GRÜNEN erklärte Nummer 1 ihres Antrages für erledigt, nachdem ihrem Anliegen auf Bestellung einer Frau als Verhandlungsleiterin zwischenzeitlich entsprochen worden war. Im übrigen sah sie sich zu einem gemeinsamen Antrag nur unter der Voraussetzung in der Lage, daß dabei zumindest auch die Nummern 4, 5 und 7 ihres Antrags berücksichtigt würden. Einer solchen Erweiterung konnten die Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP jedoch nicht zustimmen. Sie sahen keinen Anlaß, der autonomen Frauenbewegung eine Sonderstellung vor anderen Frauenorganisationen einzuräumen. Auch die Forderung nach Einführung eines besonderen Frauenbüros auf Regierungsebene lasse sich in dieser pauschalen Form nicht verwirklichen; eine konkrete Konzeption hierzu bedürfe sicher einer eingehenden Prüfung und Erörterung. Schließlich erscheine die Durchführung einer umfassenden Debatte im Deutschen Bundestag über die Lage der Frauen im Augenblick aus Zeitgründen nicht möglich; angesichts der in den letzten Monaten im Deutschen Bundestag und seinen Ausschüssen bereits durchgeführten, zum Teil recht umfangreichen Erörterungen frauenpolitischer Themen und der insoweit insbesondere im Zusammenhang mit dem Bericht der Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“, noch zu führenden Diskussion erscheine eine gesonderte Debatte auch nicht erforderlich.

Unter den gegebenen Umständen erhielt die Fraktion DIE GRÜNEN ihren Antrag in Drucksache 10/2810 in vollem Umfange aufrecht. Er wurde sodann mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

Bonn, den 14. Juni 1985

Frau Dr. Lepsius
Berichterstatlerin